

Landtag von Baden-Württemberg – Drucksachen-Retrospektive

17. Legislaturperiode, das 3. Quartal 2021. Zeitraum vom 01.07. bis 30.09.2021.

Zweite Ausgabe der neuen Legislaturperiode

In der Anlage enthält die Retrospektive eine Übersicht über die Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg im jeweiligen Zeitraum. Teilweise handelt es sich noch um unbeantwortete Anfragen.

Drucksache 17/404: „Anerkennung einer COVID-19-Erkrankung als Dienstunfall“

Der Antrag der SPD befasst sich mit dem Mengengerüst von Coronaerkrankungen in der Polizei, der Anerkennungsquote von Corona als Arbeits-/Dienstunfall sowie etwaige Problemstellungen. Erstaunlicherweise beantwortet das Finanzministerium die Anfrage hinsichtlich des Mengengerüsts sehr ausweichend mit Blick auf die umfangreichen Erfassungen, die innerhalb der Polizei BW faktisch vorgenommen werden. Konkret wird eine erhöhte Gefahr der Ansteckung im Bereich des Gesundheitsamtes begründet, mit Blick auf die Polizei selbst antwortet das FM sehr ausweichend. Insgesamt muss die Antwort als eher unbefriedigend bewertet werden.

Drucksache 17/156: „Angriffe auf Geldautomaten mittels Sprengstoff 2019 bis 2021“

Die AfD erkundigt sich mit Kleiner Anfrage über das Thema Automaten Sprenger. Das IM beantwortet die Anfrage durch eine LKA-Sonderauswertung und weist auf einen Rückgang im Direktvergleich der 1. Quartale 2020 zu 2021 hin. Mit 33 Fällen im Jahr 2019 und 41 Fällen 2020 (rund die Hälfte davon Versuche) bewegen sich die Fallzahlen in BW derzeit auf eher niedrigem Niveau.

Ergänzung aus dem BDK-Informationsaustausch: Anders stellt sich Lage in den Niederlanden und den angrenzenden Bundesländern dar. Zudem sind die geringen Fallzahlen auch mit den Corona-Maßnahmen in Verbindung zu bringen (Lockdown, Grenzkontrollen).

Drucksache 17/475: „JobBike BW“

Die FDP/DVP erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand, den Verwaltungskosten zur Umsetzung und zu diversen Regelungen für die Nutzung des JobBikes. In Frage 11 thematisiert sie die Ablehnung von diversen Gewerkschaften, was die Umsetzung für Tarifbeschäftigte angeht. Da dies auch für den BDK BW ein wichtiges Thema ist, anbei die Antwort des Verkehrsministeriums:

Frage 11. aus welchen Gründen nach ihren Erkenntnissen zumindest eine Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes eine Teilnahme der Tarifbeschäftigten an dem Programm ablehnt; Das Einkommensteuerrecht unterscheidet zwei Möglichkeiten der Überlassung betrieblicher

Fahrräder (§ 3 Nr. 37 EStG und § 8 Abs. 2 Satz 10 EStG). Die Landesbezirke Baden-Württemberg der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben bislang Radleasing mit Nutzungsüberlassung und Entgeltumwandlung auf Grundlage von § 8 Abs. 2 Satz 10 EStG abgelehnt. Ver.di hat bislang ausdrücklich auch Radleasing für Landesbeamte abgelehnt. Die Meinungen und Argumentationen der bei-den Gewerkschaften sind den Internetauftritten von ver.di (<https://bawue.verdi.de>) und GEW (<https://www.gew-bw.de>) zu entnehmen. Darüber hinaus hat ver.di Baden-Württemberg seine Kritik in einem vierminütigen Videoclip zusammengefasst.

Drucksache 17/573: “Hasskriminalität in Baden-Württemberg“

Die Grünen möchten mit Antrag 573 einen aktuellen Sachstand bzw. Fallzahlen zur Hasskriminalität in Baden-Württemberg. Die Antwort des IM erfolgt auf Basis des KPMD PMK.

Aus der Vorbemerkung: „Gemäß dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) ist „Hasskriminalität“ ein bundesweit einheitliches Themenfeld der Politisch motivierten Kriminalität. Es wurde wegen der besonderen Bedeutung von Straftaten eingeführt, die beispielsweise gegen Personen lediglich aufgrund ihrer Nationalität oder ihrer Religionszugehörigkeit gerichtet sind. Ausgehend von den Umständen der Tat wird diese nach dem Definitionssystem zunächst einem Themenfeld zugeordnet. Dabei kann eine Straftat unter dem Oberthemenfeld „Hasskriminalität“ mehreren Unterthemenfeldern (antisemitisch, antiziganistisch, Behinderung, christenfeindlich, fremdenfeindlich, gesellschaftlicher Status, islamfeindlich, Rassismus, sonstige ethnische Zugehörigkeit, sonstige Religionen, sexuelle Orientierung) zugleich zugeordnet werden. Aufgrund weiterer Erkenntnisse zur Tat und zum Täter erfolgt anschließend eine phänomenologische Zuordnung zur PMK – rechts –, zur PMK – links –, zur PMK – ausländische Ideologie –, zur PMK – religiöse Ideologie – oder zur PMK – nicht zuzuordnen.“

1. wie viele politisch motivierte Straftaten im Bereich der Hasskriminalität auf Grundlage des „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität“ (KPMD-PMK) in Baden-Württemberg im Jahr 2020 insgesamt erfasst wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Phänomenbereichen);

Zu 1.:

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 746 Delikte mit dem Oberbegriff Themenfeld (OTF) „Hasskriminalität“ erfasst, welche sich wie folgt auf die einzelnen Phänomenbereiche verteilen:

Straftaten im Jahr 2020 nach Phänomenbereichen PMK	Themenfeld „Hasskriminalität“
PMK – religiöse Ideologie –	14
PMK – ausländische Ideologie –	5
PMK – rechts –	650
PMK – links –	12
PMK – nicht zuzuordnen –	65
Gesamt	746

Über die weitere Feindifferenzierung können sich Interessierte in der Drucksache selbst umfassend informieren.

Drucksache 17/573: „Einstellung in den Polizeidienst Baden-Württemberg“

Die SPD erkundigt sich zu diversen Fragen, zunächst ausführlich zum Auswahlverfahren (Stichwort: K.o.-System), dann zur Frage wie viele Anwärter nach Beendigung der Ausbildung nicht unmittelbar in den Polizeidienst übernommen wurden, zur Frage wie viele Polizeibeamt:innen erst in der Verlängerungsphase eine pensionswirksame Beförderung erhalten haben und schließlich noch zum Thema einer Coronaprämie, die von MIN Strobl in Aussicht gestellt wurde (aber nicht kam). Zur Einstellung nach der Ausbildung teilt das Innenministerium mit, dass für alle Anwärter:innen Stellen zur Verfügung gestanden haben, eine Einstellung/Übernahme aber in vereinzelten Fällen aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund der fehlenden charakterlichen Eignung nicht möglich war. Seit 2019 betraf dies 24 Fälle (laufbahnübergreifend), wobei inzwischen 7 eingestellt wurden und 2 in den Nichtvollzugsdienst übernommen wurden.

In Sachen Lebensarbeitszeitverlängerung und Beförderung antwortet das IM: „Seit 2016 haben und werden nach den dem Innenministerium – Landespolizeipräsidium sowie den Dienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst vorliegenden Daten insgesamt 427 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte eine pensionswirksame Beförderung erst aufgrund der Verlängerung der Lebensarbeitszeit erhalten. Darunter befinden sich acht Polizeipräsidenten.“

Zur Frage der Corona-Prämie wird die Antwort direkt aufgenommen:

12. wie sich der aktuelle Umsetzungsstand hinsichtlich der Auszahlung einer Coronaprämie für Angehörige der Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste, die vom baden-württembergischen Innenminister gefordert wurde, darstellt.

Zu 12.:

Um ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung sowie Honorierung der erheblichen zusätzlichen Belastungen zu setzen, die seit dem Frühjahr 2020 aufgrund der Coronapandemie im Bereich der Polizei, der Feuerwehren und der Rettungsdienste zu bewältigen waren und auch künftig noch zu bewältigen sind, sprach sich Herr Innenminister Strobl, angelehnt an eine seinerzeit ins Bundesbesoldungsgesetz eingefügte Regelung, welche die Gewährung einer Prämie als einmalige Weihnachts- oder Neujahrsgratifikation zur Abgeltung der Coronabedingten Erschwernisse vorsah, Ende des vergangenen Jahres für eine vergleichbare Regelung für das Land Baden-Württemberg aus. Die hierfür erforderliche gesetzliche Regelung wurde aus verschiedenen Gründen nicht geschaffen. Die o. g. Regelung im Bundesbesoldungsgesetz ist unmittelbarer Ausfluss aus der Tarifeinigung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen vom 25. Oktober 2020 und soll u. a. die siebenmonatige Erhöhungslücke zwischen dem Laufzeitende der vorherigen Tarifeinigung und der nächsten linearen Besoldungserhöhung zum 1. April 2021 ausgleichen. Für Baden-Württemberg gilt hingegen noch bis mindestens 30. September 2021 die Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder vom 2. März 2019, welche für die aktuelle Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg die Grundlage bildet und zuletzt zum 1. Januar 2021 zu einer Besoldungserhöhung geführt hat.

Drucksache 17/274: „Kennzeichnungspflicht bei der Polizei“

Die AfD erkundigt sich u.a. nach den Fallzahlen, konkret in Frage 4: „*wie viele Anzeigen gegen Polizeibeamte wegen Vorwürfen der Polizeigewalt seit 2016 an der fehlenden Ermittelbarkeit von Ange-schuldigten gescheitert sind*“

Wesentlichen Inhalte der Antwort: „*Eine Abfrage¹ bei den Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst hat für die Jahre 2017 bis 2021 ergeben, dass insgesamt 1.782 Strafanzeigen wegen des Vorwurfs der Polizeigewalt erstattet wurden (2017: 402 Fälle; 2018: 350 Fälle; 2019: 456 Fälle; 2020: 351 Fälle; 2021: 223 Fälle). Hierbei konnte in nahezu allen Fällen die betroffene Polizeibeamtin bzw. der betroffene Polizeibeamte ermittelt werden. Lediglich in insgesamt 16 Fällen ist dies nicht gelungen (2017: sieben Fälle; 2018: vier Fälle; 2019: null Fälle; 2020: drei Fälle; 2021: zwei Fälle).*“ (Für 2016 liegen keine belastbaren Zahlen mehr vor).

Drucksache 17/275: „Aufzeichnung des polizeilichen Schießtrainings in Bild und Ton“

Die FDP/DVP erhebt mit einem ausführlichen Fragenkatalog die Sachlage. Die Inhalte wurden im Rahmen einer BDK-Landesvorstandssitzung bzw. geschäftsführenden Landesvorstand erörtert. Nach dortiger Bewertung wäre es landesweite Aufgabe gewesen, entsprechende datenschutzrechtliche Prüfungen und Unterlagen zu erstellen. Zudem entsteht der Eindruck, dass die Verantwortlichkeit seitens IM auf Ebene der einzelnen Schießtrainer:innen / Präsidien gesehen wird. Interessierte können sich mittels LT-Drs. einen guten Überblick verschaffen.

Drucksache 17/704: „Aufstellung der Cybersicherheitsagentur in Baden-Württemberg“ und Drucksache 17/873: „Betriebsbereitschaft der Cybersicherheitsagentur in Baden-Württemberg“

Die SPD erkundigt sich mittels dieser Anfragen über den Personalbesetzungsstand und die geplante Stellenbesetzung bei der CSBW im Bereich der Führung. Verbunden damit sind auch Fragen zur Ausschreibung von Stellen der Präsident:innen und Vizepräsident:innen in der Polizei. Hinsichtlich der Abwanderung von Fachkräften stellt die Antwort fest, dass bislang zwei Beschäftigte des LKA in die CSBW gewechselt haben. Seitens IM erfolgt der Hinweis, dass die Rechtsvorschriften für die CSBW weiterhin in Bearbeitung sind. dies löst Fragen zur Zuständigkeitsabgrenzung aus.

Drucksache 17/705: „Zukunft des Spezialeinsatzkommandos (SEK) in Baden-Württemberg“

Die SPD unternimmt den Versuch die Lage beim SEK auszuloten und thematisiert u. a. die kommissarische Besetzung der Leitung über einen längeren Zeitraum und die Bestrebungen einen zweiten Standort im badischen Landesteil einzurichten. Die Antwort des IM fällt erwartungsgemäß kurz aus.

Drucksache 17/893: „Ein starker Rechtsstaat im Kampf gegen jede Form der Hasskriminalität“

Eine weitere Anfrage einer Regierungsfraktion zum Thema Hasskriminalität. Die CDU erkundigt sich dabei nach der 10-Jahres-Lage, dehnt die Anfrage auf die Sensibilisierung von Polizei und Justiz aus und erkundigt sich zudem auch nach Möglichkeiten für Betroffene sich wegen geschlechts- oder identitätsspezifischer Gewalt an Polizei und Staatsanwaltschaft zu wenden.

Titel	Nr.	Datum	Art	Urheber
<u>Antisemitische und antiisraelische Vorfälle im Zusammenhang mit der Lage im Nahen Osten</u>	17/128	Datum: 02.07.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Anerkennung einer COVID-19-Erkrankung als Dienstunfall</u>	17/404	Datum: 02.07.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>„Fridays for Future“ Baden-Württemberg, Antisemitismus und Linksextremismus – wann wird die Organisation in den Verfassungsschutzbericht aufgenommen?</u>	17/152	Datum: 06.07.2021	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Grüne Jugend Baden-Württemberg verwendet stalinistische Propaganda – wann beobachtet der Verfassungsschutz?</u>	17/153	Datum: 06.07.2021	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Angriffe auf Geldautomaten mittels Sprengstoff 2019 bis 2021</u>	17/156	Datum: 06.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2021</u>	17/400	Datum: 08.07.2021	Art: Gesetzesentwurf	Urheber: LRG
<u>Nachfrage zur Kleinen Anfrage 16/8008 zur Überprüfung von Missbrauchsfällen von Coronahilfen im Land</u>	17/150	Datum: 09.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>JobBike BW</u>	17/475	Datum: 09.07.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Cyberangriffe und Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheit</u>	17/483	Datum: 09.07.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Proteste gegen Corona-Auflagen, insbesondere durch sogenannte „Querdenker“</u>	17/485	Datum: 09.07.2021	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Abrechnungs- und sonstige Betrugshandlungen in Corona-Testzentren im Land?</u>	17/157	Datum: 12.07.2021	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Deradikalisierungsmaßnahmen für den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“</u>	17/499	Datum: 12.07.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP

<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Juni 2021 – Drucksache 17/173 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (Polizeistrukturereformgesetz – PolRG)</u>	17/442	Datum: 15.07.2021	Art: Beschlussempfehlung	Urheber: Ausschüsse
<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2021 – Drucksache 17/331 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Staatshaushaltsplan 2020/2021 – Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung – Konzept zur IT-Stellen-Zulage im öffentlichen Dienst</u>	17/440	Datum: 16.07.2021	Art: Beschlussempfehlung	Urheber: Ausschüsse
<u>Staatsangehörigkeit, Religion und Migrationshintergrund der in Baden-Württemberg inhaftierten Straftäter</u>	17/86	Datum: 16.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/400 - Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2021</u>	17/508	Datum: 19.07.2021	Art: Beschlussempfehlung	Urheber: Ausschüsse
<u>Kriminalität im Ostalbkreis für das Jahr 2020</u>	17/197	Datum: 20.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Zuordnung des Bereichs der Migration zum Justizministerium</u>	17/231	Datum: 20.07.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Hinweise auf Bandenkriminalität in Göppingen nach dem Einsatz einer Schusswaffe am 29. Mai</u>	17/287	Datum: 20.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Beschleunigte Verfahren in Baden-Württemberg</u>	17/561	Datum: 20.07.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Hasskriminalität in Baden-Württemberg</u>	17/573	Datum: 20.07.2021	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Einstellung in den Polizeidienst Baden-Württemberg</u>	17/577	Datum: 20.07.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. April 2021 – Drucksache 16/10068 - Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23a Absatz 10 des</u>	17/421	Datum: 21.07.2021	Art: Beschlussempfehlung	Urheber: Ausschüsse

<u>Polizeigesetzes Baden-Württemberg (PolG) alte Fassung (a. F.) über präventivpolizeiliche Maßnahmen mit Bezug zur Telekommunikation sowie gemäß § 23b Absatz 14 PolG a. F. über Maßnahmen der präventiv-polizeilichen Telekommunikationsüberwachung im Berichtsjahr 2020 einschließlich der Daten bis zum 16. Januar 2021</u>				
<u>Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2021</u>	17/559	Datum: 22.07.2021	Art: Gesetzbeschluss	Urheber: LRG
<u>Polizeirevier am Standort Bretten</u>	17/594	Datum: 22.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Ursachen der Coronakrawalle in Städten Baden-Württembergs</u>	17/226	Datum: 26.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Kennzeichnungspflicht bei der Polizei</u>	17/247	Datum: 28.07.2021	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Nachfrage zur Zehn-Jahres-Bilanz von Islamisten-Ausreisen nach Syrien und in den Irak</u>	17/330	Datum: 29.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Entwicklung der Asyl-Zuwanderung seit Beginn der „Coronakrise“</u>	17/356	Datum: 29.07.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Ist der Tatverdächtige des Brandanschlags auf die Ulmer Synagoge in die Türkei ausgereist?</u>	17/382	Datum: 29.07.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Aufzeichnung des polizeilichen Schießtrainings in Bild und Ton</u>	17/275	Datum: 02.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Reichsbürger bei der Burg Hohenzollern in Hechingen</u>	17/347	Datum: 02.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Sonderwagen</u>	17/386	Datum: 02.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Elektronischer Identitätsnachweis</u>	17/425	Datum: 05.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP

<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg vom 4. Februar 2021 – Drucksache 16/9850</u>	17/488	Datum: 09.08.2021	Art: Be- schlussemp- fehlung	Urheber: Aus- schüsse
<u>Landesweite Strategie zur Eindämmung von Autoposing und -rennen</u>	17/219	Datum: 16.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>JobBike BW</u>	17/475	Datum: 16.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Cyberangriffe und Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheit</u>	17/483	Datum: 16.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Antisemitische und antiisraelische Vorfälle im Zusammenhang mit der Lage im Nahen Osten</u>	17/628	Datum: 16.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Pakt für den Rechtsstaat – Umsetzung in Baden-Württemberg</u>	17/478	Datum: 17.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Erkenntnisse zur Organisation „Migrantifa“ und ihrer Gruppen in Baden-Württemberg</u>	17/505	Datum: 17.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Deradikalisierungsmaßnahmen für den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“</u>	17/499	Datum: 18.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Verzeichnis der Mitglieder des Landtags</u>	17. Jan	Datum: 19.08.2021	Art: Alle	Urheber: Alle
<u>Nach Würzburg: Sofortiges Ende von Masseneinwanderung und offenen Grenzen zur Gefahrenabwehr</u>	17/523	Datum: 24.08.2021	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Sekten und Psychogruppen innerhalb der Querdenken-Bewegung</u>	17/531	Datum: 24.08.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Großeinsatz der Polizei in Heilbronn-Böckingen am 16. Juni 2021</u>	17/376	Datum: 26.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Denkschrift 2021 zur Haushaltsrechnung 2019 (vgl. Drucksache 17/300) hier: Beitrag Nr. 10 – Polizeigeühren kostendeckend kalkulieren und vollständig erheben (Kapitel 0314, 0335 bis 0348)</u>	17/310	Datum: 27.08.2021	Art: Alle	Urheber: Rech- nungshof

<u>Hasskriminalität in Baden-Württemberg</u>	17/573	Datum: 27.08.2021	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Proteste gegen Corona-Auflagen, insbesondere durch sogenannte „Querdenker“</u>	17/485	Datum: 30.08.2021	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Aktuelle Erhebung Abschiebungen und Abschiebehaft</u>	17/567	Datum: 30.08.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Einstellung in den Polizeidienst Baden-Württemberg</u>	17/577	Datum: 30.08.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Beschleunigte Verfahren in Baden-Württemberg</u>	17/561	Datum: 01.09.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Polizeirevier am Standort Bretten</u>	17/594	Datum: 02.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Abschiebehaft in Baden-Württemberg</u>	17/698	Datum: 08.09.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Aufstellung der Cybersicherheitsagentur in Baden-Württemberg</u>	17/704	Datum: 10.09.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Zukunft des Spezialeinsatzkommandos (SEK) in Baden-Württemberg</u>	17/705	Datum: 10.09.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Hintergrund der Tatverdächtigen bei antisemitischer Hetze und Gewalt in Baden-Württemberg</u>	17/547	Datum: 14.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Delikte eines Asylbewerbers in Schömburg</u>	17/714	Datum: 15.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Einsatz der Spyware „Pegasus“ in Baden-Württemberg</u>	17/652	Datum: 16.09.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Evaluation der Befugnis zur Erhebung von Bestandsdaten in Baden-Württemberg</u>	17/818	Datum: 16.09.2021	Art: Alle	Urheber: LRG
<u>Was unternimmt die Landesregierung gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates?</u>	17/836	Datum: 17.09.2021	Art: Große Anfrage	Urheber: SPD

<u>Informationsfahrzeuge der Landespolizei</u>	17/679	Datum: 20.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Anti-Graffiti-Mobil und Tatortreiniger</u>	17/682	Datum: 20.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: CDU
<u>Häuser des Jugendrechts</u>	17/678	Datum: 21.09.2021	Art: Antrag	Urheber: CDU
<u>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2020 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 18: Energieversorgung großer Polizeiliegenschaften</u>	17/830	Datum: 21.09.2021	Art: Alle	Urheber: LRG
<u>Gemeinnützigkeit extremistischer Organisationen</u>	17/752	Datum: 22.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Entwicklung der Selbstmordrate im Jahr 2021</u>	17/871	Datum: 22.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2020 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 8: Stufenzuordnungen bei Einstellungen sowie Vorweggewährungen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)</u>	17/831	Datum: 23.09.2021	Art: Alle	Urheber: LRG
<u>Betriebsbereitschaft der Cybersicherheitsagentur in Baden-Württemberg</u>	17/873	Datum: 23.09.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Kriminalität im Landkreis Böblingen im Jahr 2020</u>	17/722	Datum: 27.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: CDU
<u>Kenntnisstand der Behörden nach Vorfall mit einer bewaffneten Person (Axt) in Schwäbisch Gmünd vom 10. August 2021</u>	17/886	Datum: 27.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg</u>	17/887	Datum: 27.09.2021	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Kraftstoffversorgung der Polizei defossilisieren</u>	17/891	Datum: 28.09.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP

<u>Ein starker Rechtsstaat im Kampf gegen jede Form der Hasskriminalität</u>	17/893	Datum: 28.09.2021	Art: Antrag	Urheber: CDU
<u>Gewaltopfer in Baden-Württemberg und deren Entschädigung</u>	17/753	Datum: 30.09.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Drogenkonsumräume</u>	17/931	Datum: 30.09.2021	Art: Antrag	Urheber: CDU

Hinweis zu nicht mehr funktionierenden Links: Zur Lösungsbehebung gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Die Drucksachennummer direkt im Parlamentarischen Dokumentationssystem suchen (<https://www.landtag-bw.de/home/dokumente/drucksachen.html>)
2. Den ursprünglichen Link am Ende *vor dem* „.pdf“ mit „_D“ ergänzen. Mit diesem Zusatz werden im Nachgang die eingestellten Antworten gekennzeichnet.